

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

17. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 11. November 1964

Nummer 141

Inhalt

II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Landesregierung	
26. 10. 1964	Bek. — Behördliches Vorschlagswesen	1677
	Ministerpräsident-Chef der Staatskanzlei	
	Personalveränderung	1678
	Innenminister	
20. 10. 1964	RdErl. — Pflichtaufgaben der Gesundheitsämter: hier: Gesundheitszeugnisse	1678

Landesregierung

II.

Behördliches Vorschlagswesen

Bek. d. Landesregierung v. 26. 10. 1964

Der Interministerielle Ausschuß für das Behördliche Vorschlagswesen hat in seiner 88. Sitzung am 2. 7. 1964 und seiner 89. Sitzung am 30. 7. 1964 die nachstehend aufgeführten Vorschläge als für die Landesverwaltung nützlich anerkannt und belohnt:

1. Vereinfachung des Verfahrens zur Anordnung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit von Sachausgabemitteln
(Durch das vorgeschlagene Verfahren wird die Bewirtschaftung der Ausgaben erleichtert)
Belohnung: 200,— DM
2. Vermerk von Namensänderungen im Personalausweis
(Die Namensänderung von Frauen nach der Eheschließung wird auf Seite 8 des Ausweises amtlich vermerkt. Hierdurch entfällt die Ausstellung eines neuen Personalausweises)
Belohnung: 100,— DM
Einsender: Kreishauptsekretär W. Zöller,
Siegen, Kreisverwaltung
3. Anbringung von Schildern zum Hinweis auf vorhandene Polizei-Rufanlagen
Belohnung: 50,— DM
Einsender: Polizeirat W. Callsen,
Aachen, Kreispolizeibehörde
4. Änderung der Vordrucke „Ladung zum Strafantritt“ und „Aufnahmeersuchen zum Strafvollzug“
Belohnung: 50,— DM
Einsender: Justizoberinspektor H. Barwitzki,
Moers, Amtsgericht

5. Änderung des Vordrucks „Grunderwerbsteuerbescheid“

Belohnung: 50,— DM

Einsender: Steuersekretär H. Hütte,
Lemgo, Finanzamt

6. Änderung der Vordrucke „Beschreibung des Einfamilienhauses“ und „Mietnachweisung für bebaute Grundstücke“

Belohnung: 50,— DM

Einsender: Steuerinspektor P. H. Kühn,
Bielefeld, Finanzamt

7. Benutzung der Vorberechnungen bei der Abrechnung von öffentlichen Bauvorhaben

Belohnung: 50,— DM

Einsender: Techn. Angestellter H. Lesniewicz,
Münster, Staatshochbauamt für die
Universität Münster

8. Druck der Hinweise über die Führung der Rechtsmittelliste auf die letzte Seite des Titelblatts zur Rechtsmittelliste (Fin.Verw.)

Belohnung: 50,— DM

Einsender: Steueroberinspektor H. Tiemann,
Bielefeld, Finanzamt

9. Verwendung von Klarsichtnüllen für die Handelsregisterkartei (Just.Verw.)

Belohnung: 50,— DM

Einsender: Verwaltungsangestellter R. Przybilla,
Bielefeld, Amtsgericht

10. Verwendung einer Tabelle zur Berechnung der Jubiläumsdienstzeiten im Bereich der Finanzverwaltung

Belohnung: 50,— DM

11. Einführung einer Bescheinigung über Verdienstausschlag (Justizverwaltung)

Belohnung: 30,— DM

Einsender: Justizobersekretär H. Breuer,
Köln, Amtsgericht

Belohnung: 30,— DM

Einsender: Justizoberinspektor Th. Schultes,
Krefeld, Amtsgericht

12. Einführung eines einheitlichen Vordrucks zur Feststellung der Zahlungsfähigkeit von Schuldnern

Belohnung: 30,— DM

Einsender: Stadtoberinspektor K. Garden,
Duisburg, Stadtverwaltung

13. Einführung eines Vordrucks „Bescheinigung des Arbeitgebers über Verdienstausschlag — Anlage zur Zeugenladung“ für die Arbeitsgerichtsbarkeit

Belohnung: 30,— DM

Einsender: Verwaltungsangestellter J. Lipinski,
Dortmund, Arbeitsgericht

14. Zusammenfassung der Bescheinigungen bezüglich der Vorkaufsrechte nach §§ 24 ff. Bundesbaugesetz für Anträge auf Übernahme einer Bürgschaft durch die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes NW und auf Gewährung öffentlicher Mittel

Belohnung: 25,— DM

Einsender: Kreisoinspektor G. Bensberg,
Siegen, Kreisverwaltung

15. Ergänzung des Vordrucks „Kraft 1“

Belohnung: 25,— DM

Einsender: Steuerobersekretär H. Held und
Verwaltungsangestellter P. Kerstein,
Aachen, Finanzamt Stadt

16. Änderung des Vordrucks „Ladung zum Strafantritt“

Belohnung: 25,— DM

Einsender: Justizoberinspektor Th. Schultes,
Krefeld, Amtsgericht

Zu den lfd. Nummern 1 und 10 wird der Einsender auf eigenen Wunsch nicht genannt.

In weiteren Fällen konnten Vorschläge nicht anerkannt werden. Soweit die Ablehnung insbesondere darauf beruhte, daß den Einsendern bereits zeitlich frühere gleichlaufende Bemühungen der Landesverwaltung nicht bekannt waren, sind ihnen als Dank für ihre Mitarbeit Buchpreise übersandt worden.

— MBl. NW. 1964 S. 1677.

Ministerpräsident — Chef der Staatskanzlei**Personalveränderung**

Es ist ernannt worden:

Verwaltungsgerichtsrat W. Lange zum Oberverwaltungsgerichtsrat beim Oberverwaltungsgericht in Münster (Westf.).

— MBl. NW. 1964 S. 1678.

Innenminister**Pflichtaufgaben der Gesundheitsämter;
hier: Gesundheitszeugnisse**RdErl. d. Innenministers v. 20. 10. 1964 —
VI A 1 — 06.00.01

Die Gesundheitsämter sind durch das Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 (RGBl. I S. 531) und seine Durchführungsverordnungen i. Verb. mit dem Gesetz über die Eingliederung staatlicher Sonderbehörden der Kreisstufe in die Kreis- und Stadtverwaltungen v. 30. April 1948 (GS. NW. S. 147; SGV. NW. 2000) und durch eine Reihe von Einzelvorschriften zur Ausstellung von Gesundheitszeugnissen verpflichtet worden.

Der anliegende Katalog enthält eine Zusammenfassung der Vorschriften, nach denen die Gesundheitsämter auf Anfordern für den bezeichneten Personenkreis Gesundheitszeugnisse auszustellen haben. Außerdem haben die Gesundheitsämter auf Weisung des eigenen Dienstherrn und auf Ersuchen um Amtshilfe Gesundheitszeugnisse auszustellen.

Amtshilfe ist stets nur ergänzende Hilfe. Sie soll von der ersuchenden Behörde nur in Anspruch genommen werden, wenn diese aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht in der Lage ist, die erbetene Handlung selbst vorzunehmen. Um Amtshilfe handelt es sich nicht, wenn die Hilfeleistung in Handlungen besteht, die die ersuchte Behörde nach Rechts- oder Verwaltungsvorschriften als eigene Aufgabe wahrzunehmen hat.

Bei Eingang eines Amtshilfeersuchens ist die Notwendigkeit und die Zweckmäßigkeit der Maßnahme nicht zu prüfen. Die Hilfeleistung kann jedoch abgelehnt werden,

wenn eine andere Behörde die Hilfe wesentlich einfacher oder mit wesentlich geringerem Aufwand leisten kann,

wenn die ersuchte Behörde die Hilfe nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand leisten könnte oder

wenn die ersuchte Behörde durch die Hilfeleistung die Erfüllung ihrer eigenen Aufgaben ernstlich gefährden würde.

Die ersuchte Behörde ist nur für die Durchführung der Amtshilfe verantwortlich. Bei unterschiedlichen rechtlichen Verhältnissen ist das für die ersuchte Behörde geltende Recht maßgebend. Für die Zulässigkeit der Maßnahme, die durch die Amtshandlung verwirklicht werden soll, ist dagegen das für die ersuchende Behörde geltende Recht maßgebend. Dessen Einhaltung braucht die ersuchte Behörde nicht zu prüfen; hierfür ist nur die ersuchende Behörde verantwortlich.

An die Regierungspräsidenten,
kreisfreien Städte und Landkreise
— Gesundheitsämter —.

Katalog

der von den Gesundheitsämtern auszustellenden Gesundheitszeugnisse

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
1.1	Angestellte des Bundes, des Landes sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände, der bundesunmittelbaren und der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts			Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) vom 23. 2. 1961 (GMBI. S. 137), Gem. RdErl. v. 24. 2. 1961 (SMBI. NW. 20310) sowie die entsprechenden Manteltarifverträge für Angestellte der Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts RdErl. d. Innenministers v. 8. 2. 1949 (SMBI. NW. 20307)
1.11		Einstellung	Körperliche Eignung (Gesundheitszustand und Arbeitsfähigkeit)	§ 7 Abs. 1 BAT ¹⁾
1.12		Personelle Maßnahmen	Dienstfähigkeit, Freisein von ansteckenden oder ekelerregenden Krankheiten	§ 7 Abs. 2 BAT ²⁾
1.13		Überwachung der Angestellten, die	Körperliche Eignung	§ 7 Abs. 3 BAT ³⁾
1.13.1		besonderen Ansteckungsgefahren ausgesetzt,		
1.13.2		in gesundheitsgefährdenden Betrieben beschäftigt,		
1.13.3		mit der Zubereitung von Speisen beauftragt sind		
1.14		Kinderzuschlag an dauernd erwerbsunfähige Kinder	Dauernde Erwerbsunfähigkeit	§ 31 Abs. 1 BAT in Verbindung mit den für Beamte des Bundes (s. Nr. 2.13.1) oder für Beamte des Landes (s. Nr. 2.23.1) geltenden Bestimmungen
1.15		Erkrankung während des Urlaubs	Arbeitsunfähigkeit	§ 47 Abs. 6 BAT ⁴⁾
1.16		Beendigung des Arbeitsverhältnisses von Angestellten, die	Berufsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit	
1.16.1		den Rentenantrag schuldhaft verzögern,		§ 59 Abs. 1 BAT
1.16.2		nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert sind,		§ 59 Abs. 2 BAT
1.16.3		schwerbeschädigt sind		§ 59 Abs. 3 BAT
1.17.1		Beihilfen bei Geburts-, Krankheits- und Todesfällen	Wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Bundes (s. Nr. 2.16)	§ 40 BAT Tarifvertrag vom 15. 6. 1959 (GMBI. S. 295) Im übrigen wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Bundes (s. Nr. 2.16)
1.17.2			Wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Landes (s. Nr. 2.26)	§ 40 BAT Im übrigen wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Landes (s. Nr. 2.26)

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
1.2	Angestelltenlehrlinge und Anlernlinge des Bundes, des Landes sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände, der bundesunmittelbaren und der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts			¹⁾ Vom Arbeitgeber bestimmter Arzt ²⁾ Vertrauensarzt oder das Gesundheitsamt ³⁾ Arzt ⁴⁾ Arzt — auf Verlangen Amts- oder Vertrauensarzt Tarifvertrag über die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge und Anlernlinge vom 21. 9. 1961 (MinBl. Fin. 1962 S. 18), Gem. RdErl. v. 24. 11. 1961 (SMBL. NW. 20319)
1.21		Einstellung	Körperliche Eignung (Gesundheits- und Entwicklungsstand, körperliche Beschaffenheit und Arbeitsfähigkeit)	§ 3 Abs. 1 Tarifvertrag vom 21. 9. 1961 ¹⁾
1.22		Personelle Maßnahmen	Nach gegebenem Anlaß	§ 3 Abs. 2 Tarifvertrag vom 21. 9. 1961 ²⁾
1.23		Überwachung der Lehrlinge und Anlernlinge, die	Körperliche Eignung	§ 3 Abs. 3 Tarifvertrag vom 21. 9. 1961 ²⁾
1.23.1		besonderen Ansteckungsgefahren ausgesetzt,		
1.23.2		in gesundheitsgefährdenden Betrieben beschäftigt,		
1.23.3		mit der Zubereitung von Speisen beauftragt sind		
1.24.1		Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen	Wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Bundes (s. Nr. 2.16)	§ 15 Tarifvertrag vom 21. 9. 1961 Tarifvertrag vom 15. 6. 1959 (GMBL. S. 295) Im übrigen wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Bundes (s. Nr. 2.16)
1.24.2			Wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Landes (s. Nr. 2.26)	§ 15 Tarifvertrag vom 21. 9. 1961 Art. IV Abs. 12 Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und der Disziplinarordnung vom 10. April 1962 (GV. NW. S. 187 · SGV. NW. 2030) Im übrigen wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Landes (s. Nr. 2.26)
1.3	Arbeiter des Bundes, des Landes sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände, der gemeind-			¹⁾ Vom Arbeitgeber bestimmter Arzt ²⁾ Arzt Manteltarifvertrag für Arbeiter des Bundes — MTB II — vom 27. 2. 1964 (GMBL. S. 174) Manteltarifvertrag für Arbeiter

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
	lichen Arbeiter in Kernforschungseinrichtungen, der bundesunmittelbaren und der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts			der Länder — MTL II — vom 27. 2. 1964 (Gem. RdErl. v. 13. 3. 1964 — SMBl. NW. 20310 —) Bundesmanteltarifvertrag für Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe — BMT — G II — vom 31. 1. 1962 (n. v.) Manteltarifverträge für Arbeiter der bundesunmittelbaren und der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts RdErl. d. Innenministers v. 8. 2. 1949 (SMBl. NW. 20307)
1.31		Einstellung	Körperliche Eignung (Gesundheitszustand und Arbeitsfähigkeit)	§ 10 Abs. 1 MTB II ⁴⁾ § 10 Abs. 1 MTL II ⁴⁾ § 10 Abs. 1 BMT-G II ⁴⁾
1.32		Personelle Maßnahmen	Dienstfähigkeit; Freisein von ansteckenden oder ekelerregenden Krankheiten	§ 10 Abs. 2 MTB II ²⁾ § 10 Abs. 2 MTL II ²⁾ § 10 Abs. 2 BMT-G II ³⁾
1.33		Überwachung der Arbeiter, die	Körperliche Eignung	§ 10 Abs. 3 MTB II ⁴⁾ § 10 Abs. 3 MTL II ⁴⁾
1.33.1		besonderen Ansteckungsgefahren ausgesetzt,		
1.33.2		in gesundheitsgefährdenden Betrieben beschäftigt,		
1.33.3		mit der Zubereitung von Speisen beauftragt sind		
1.33.4		Tätigkeit in einer Kernforschungsanlage	Nach gegebenem Anlaß im Rahmen von Vorschriften des Strahlenschutzrechts	Sondereinbarung gem. § 2 Buchst. 1) BMT-G für Arbeiter in Kernforschungseinrichtungen — gültig ab 1. 1. 1963 — (n. v.)
1.34		Festsetzung eines geminderten Lohnes bei nicht-volleistungsfähigen Arbeitern	Grad der Leistungsfähigkeit	§ 25 Abs. 1 MTB II § 25 Abs. 1 MTL II § 20 Abs. 3 in Verbindung mit § 67 Nr. 8 BMT-G II ⁵⁾
1.35		Kinderzuschlag an dauernd erwerbsunfähige Kinder		§ 41 MTB II § 41 MTL II § 33 BMT-G II Tarifvertrag vom 28. 7. 1958 ²⁾ 25. 11. 1963 (n. v.) in Verbindung mit den für Beamte des Bundes (s. Nr. 2.13.1) oder für Beamte des Landes (s. Nr. 2.23.1) geltenden Bestimmungen
1.36		Erkrankung während des Urlaubs	Arbeitsunfähigkeit	§ 52 Abs. 3 MTB II ⁴⁾ § 52 Abs. 3 MTL II ⁴⁾ § 45 Abs. 3 BMT-G II ⁴⁾
1.37		Beendigung des Arbeitsverhältnisses von Arbeitern, die nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert sind	Berufsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit	§ 62 Abs. 1 MTB II § 62 Abs. 1 MTL II § 56 Abs. 1 BMT-G II
1.38.1		Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen	Wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Bundes (s. Nr. 2.16)	§ 46 MTB II Tarifvertrag vom 15. 6. 1959 (GMBI. S. 295) Im übrigen wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Bundes (s. Nr. 2.16)

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
1.38.2			Wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Landes (s. Nr. 2.26)	§ 46 MTL II § 40 BMT-G II Im übrigen wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Landes (s. Nr. 2.26) 1) Vom Arbeitgeber bestimmter Arzt 2) Vertrauensarzt oder das Gesundheitsamt 3) Vertrauensarzt 4) Arzt 5) Amts- oder Vertrauensarzt
1.4	Arbeiterrentenversicherungspflichtige Lehrlinge der Gemeinden, Gemeindeverbände, Sparkassen und sonstige der arbeitsrechtlichen Vereinigung angehörende Körperschaften			Tarifvertrag über die Rechtsverhältnisse der arbeiterrentenversicherungspflichtigen Lehrlinge vom 7. 3. 1963 (n. v.)
1.41		Einstellung	Körperliche Eignung (Gesundheits- und Entwicklungsstand, körperliche Beschaffenheit und Arbeitsfähigkeit)	§ 3 Abs. 1 Tarifvertrag vom 7. 3. 1963 ¹⁾
1.42		Personelle Maßnahmen	Nach gegebenem Anlaß	§ 3 Abs. 2 Tarifvertrag vom 7. 3. 1963 ²⁾
1.43		Überwachung der Lehrlinge, die	Körperliche Eignung	§ 3 Abs. 3 Tarifvertrag vom 7. 3. 1963 ²⁾
1.43.1		besonderen Ansteckungsgefahren ausgesetzt,		
1.43.2		in gesundheitsgefährdenden Betrieben beschäftigt,		
1.43.3		mit der Zubereitung von Speisen beauftragt sind		
1.44		Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen	Wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Landes (s. Nr. 2.26)	§ 15 Tarifvertrag vom 7. 3. 1963 Art. IV Abs. 12 Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und der Disziplinarordnung vom 10. April 1962 (GV. NW. S. 187 / SGV. NW. 2030) Im übrigen wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Landes (s. Nr. 2.26) 1) Vom Arbeitgeber bestimmter Arzt 2) Arzt
1.5	Ausgleichsberechtigte			Lastenausgleichsgesetz – LAG – vom 14. August 1952 (BGBl. I S. 446) RdErl. d. Finanzministers v. 20. 5. 1954 (SMBl. NW. 623)
1.51		Gewährung von Kriegsschadenrente	Erwerbsunfähigkeit	§ 265 Abs. 5 LAG Nr. I des RdErl. v. 20. 5. 1954

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
1.52	Beamte, Richter und Versorgungsempfänger des Bundes und der bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts	Gewährung einer Pflegezulage und eines Freibetrages wegen Pflegebedürftigkeit	Pflegebedürftigkeit	§ 267 Abs. 1 und Abs. 2 Ziff. 2 LAG Nr. I des RdErl. v. 20. 5. 1954
2.1				Bundesbeamtengesetz (BBG) i. d. F. der Bek. vom 1. Oktober 1961 (BGBl. I S. 1801) Bundespolizeibeamtengesetz — BPolG — vom 19. Juli 1960 (BGBl. I S. 569)
2.11.1		Berufung in das Beamtenverhältnis ¹⁾ und Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit	Dienstfähigkeit	Nr. 1 zu § 27 DBG der Verordnung zur Durchführung des Deutschen Beamtengesetzes i. d. F. der Bek. vom 28. Oktober 1950 (BGBl. I S. 733) Ausbildungs- und Prüfungsordnungen
2.11.2		Versetzung bei Polizeidienstunfähigkeit	Polizeidienstunfähigkeit	§ 4 Abs. 2 und § 22 BPolG
2.11.31		Entlassung ¹⁾	Dienstunfähigkeit	§ 31 Abs. 1 Nr. 3 BBG § 42 Abs. 1 BBG ²⁾
2.11.32			Notwendigkeit der Beobachtung bei Zweifeln an der Dienstunfähigkeit	§ 31 Abs. 1 Nr. 3 BBG § 42 Abs. 1 BBG
2.11.33			Polizeidienstunfähigkeit	§ 4 Abs. 2 BPolG § 9 Abs. 1 BPolG § 31 Abs. 1 Nr. 3 BBG § 42 Abs. 1 BBG
2.11.41		Zurruhesetzung	Dienstunfähigkeit	§ 42 Abs. 1 BBG ²⁾ § 43 Abs. 1 BBG
2.11.42			Notwendigkeit der Beobachtung bei Zweifeln an der Dienstunfähigkeit	§ 42 Abs. 1 BBG
2.11.5		Wiederberufung in das Beamtenverhältnis	Dienstfähigkeit	§ 45 Abs. 3 BBG
2.11.6		Fernbleiben vom Dienst ¹⁾	Dienstunfähigkeit	§ 73 Abs. 1 BBG Abs. 2 zu § 17 DBG der Verordnung zur Durchführung des Deutschen Beamtengesetzes i. d. F. der Bek. vom 28. Oktober 1950 (BGBl. I S. 733)
2.12		Unfallfürsorge		Verordnung zur Durchführung des § 137 des Bundesbeamtengesetzes (Heilverfahren) vom 2. Mai 1957 (BGBl. I S. 425) Allgemeine Verwaltungsvorschriften (VV) zu den Abschnitten V und IX des Bundesbeamtengesetzes und Richtlinien (RL) nach § 155 Abs. 3 Satz 2 des Bundesbeamtengesetzes vom 19. 9. 1962 (GMBL. S. 425) § 14 DVO zu § 137 BBG ³⁾
2.12.1		Heilverfahren	Notwendigkeit einer ärztlichen Beobachtung	§ 2 DVO zu § 137 BBG ³⁾
2.12.21		Heilbehandlung	Notwendigkeit einer Krankenhausbehandlung oder Heilanstaltspflege	§ 137 Abs. 2 BBG § 5 DVO zu § 137 BBG
2.12.22			Notwendigkeit einer Badekur	§ 6 Abs. 1 DVO zu § 137 BBG ³⁾
2.12.3		Erstattung der Pflegekosten	Notwendigkeit einer Pflegekraft	§ 138 Abs. 1 BBG § 11 Abs. 1 DVO zu § 137 BBG ³⁾

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
2.12.4		Zuschlag zum Unfallruhegehalt	Hilflosigkeit	§ 138 Abs. 2 BBG § 11 Abs. 1 DVO zu § 137 BBG ³⁾ § 12 Abs. 1 DVO zu § 137 BBG ³⁾
2.12.51		Unfallausgleich	Minderung der Erwerbsfähigkeit	§ 139 Abs. 2 BBG RL Nr. 9 Abs. 1 zu § 139 BBG ⁴⁾
2.12.52			Änderung der Verhältnisse, die für die Festsetzung maßgebend waren	§ 139 Abs. 3 BBG RL Nr. 9 Abs. 3 zu § 139 BBG ⁴⁾ RL Nr. 9 Abs. 5 zu § 139 BBG
2.12.6		Unterhaltsbeitrag	Minderung der Erwerbsfähigkeit	§ 142 Abs. 6 BBG RL Nr. 2 Abs. 1 zu § 142 BBG ⁴⁾ § 19 Abs. 1 BPolG
2.12.7		Abfindungsrente	Erwerbsunfähigkeit	§ 153 Abs. 1 Nr. 2 BBG
2.12.8		Wiederaufleben des Versorgungsanspruchs nach seinem Verlust gem. § 163 BBG	Erneute Dienstunfähigkeit	§ 163 BBG VV Nr. 2 Buchst. a zu § 163 BBG ⁴⁾
2.13.1		Kinderzuschlag für dauernd erwerbsunfähige Kinder	Dauernde Erwerbsunfähigkeit	§ 18 Abs. 3 Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) i. d. F. der Bek. vom 18. Dezember 1963 (BGBl. I S. 916) Nr. 7 zu § 18 BBesG der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu den §§ 6 bis 20 des Bundesbesoldungsgesetzes vom 9. 3. 1959 (GMBl. S. 134) ⁴⁾
2.13.2		Waisengeld für dauernd erwerbsunfähige Kinder	Dauernde Erwerbsunfähigkeit	§ 164 Abs. 2 Ziff. 2 BBG RL Nr. 4 Abs. 3 zu § 164 BBG ⁴⁾
2.14.1		Erkrankung während des Urlaubs ¹⁾	Dienstunfähigkeit	§ 9 Abs. 1 der Verordnung über den Erholungsurlaub der Bundesbeamten und Richter im Bundesdienst i. d. F. der Bek. vom 20. Dezember 1963 (BGBl. I S. 1026) ⁵⁾
2.14.2		Urlaub für eine Heil- oder Badekur	Notwendigkeit der Kur	§ 10 Abs. 2 der Verordnung i. d. F. der Bek. vom 20. Dezember 1963 ⁵⁾
2.15		Erkrankung während der Prüfung	Nachweis der Erkrankung	Ausbildungs- und Prüfungsordnungen
2.16		Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen ¹⁾		Allgemeine Verwaltungsvorschriften über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfevorschriften - BhV -) vom 17. 3. 1959 (GMBl. S. 168) i. d. F. der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften vom 14. 1. 1964 (GMBl. S. 26)
2.16.1			Notwendigkeit der Aufwendungen und ihre Angemessenheit	Nr. 3 Abs. 2 BhV ⁶⁾
2.16.2			einer Sanatoriumsbehandlung	Nr. 5 Abs. 1 Ziff. 1 BhV ⁶⁾
2.16.3			einer Heilkur	Nr. 6 Abs. 1 BhV ⁶⁾
2.16.4			einer kieferorthopädischen Behandlung	Nr. 8 Abs. 1 Ziff. 1 BhV ⁶⁾
2.16.5			der Behandlung einer Tuberkuloseerkrankung im Ausland	Nr. 10 Abs. 1 BhV ⁶⁾
2.16.6			einer Krankenbehandlung im Ausland	Nr. 10 Abs. 3 a BhV ⁶⁾

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
2.16.7			einer Trockenzellenbehandlung	RdSchr. des Bundesministers der Finanzen vom 2. 1. 1957 (MinBl-Fin. S. 243) ⁶⁾
2.16.8			von Bogomoletskuren	RdSchr. des Bundesministers des Innern vom 22. 8. 1958 — II A 2-22 130 — 2453/58 (n. v.) ⁶⁾
2.16.9			einer Sauerstoffblutwäsche (hämatogene Oxydationstherapie)	RdSchr. des Bundesministers des Innern vom 3. 10. 1958 — II A 2 — 22 130—2219/58 (n. v.) ⁶⁾
2.16.10			einer Elektro-Neuralbehandlung nach Dr. Croon	RdSchr. des Bundesministers des Innern vom 28. 12. 1960 — II A 2 — 22 134 — 2139 1'60 (n. v.) ⁶⁾
¹⁾ Gilt auch für Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge, die sich in der Ausbildung für einen Beamtenberuf befinden ²⁾ Arzt ³⁾ Amtsarzt, beamteter Arzt oder von der Dienstbehörde allgemein oder im Einzelfall bezeichneter Arzt ⁴⁾ Amtsarzt, beamteter Arzt oder Vertrauensarzt — gegebenenfalls Facharzt — ⁵⁾ Arzt, auf Verlangen Amts- oder Vertrauensarzt ⁶⁾ Amts- oder Vertrauensarzt				
2.2	Beamte, Richter und Versorgungsempfänger des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der anderen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts			Landesbeamtengesetz — LBG — i. d. F. der Bek. vom 1. Juni 1962 (GV. NW. S. 271 — SGV. NW. 2030) RdErl. d. Innenministers v. 8. 2. 1949 (SMBL. NW. 20307)
2.21.1		Berufung in das Beamtenverhältnis ¹⁾ und Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit	Dienstfähigkeit	Nr. 1 zu § 27 DBG der Verordnung zur Durchführung des Deutschen Beamtengesetzes i. d. F. der Bek. vom 28. Oktober 1950 (BGBI. I S. 733) Ausbildungs- und Prüfungsordnungen
2.21.2		Einstellung in den feuerwehrtechnischen Dienst		Verordnung über die Laufbahn der Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes in den Feuerwehren vom 10. Juli 1959 (SGV. NW. 20301) RdErl. d. Innenministers v. 26. 8. 1964 (SMBL. NW. 203015)
2.21.21			Eignung für den Dienst in der Feuerwehr	§ 2 Abs. 1 Buchst. d, § 8 Abs. 1 Buchst. c u. § 13 Buchst. c der Verordnung vom 10. Juli 1959
2.21.31		Entlassung ¹⁾	Dienstunfähigkeit	§ 34 Abs. 1 Nr. 3 LBG § 45 Abs. 1 LBG ²⁾
2.21.32			Notwendigkeit der Beobachtung bei Zweifeln an der Dienstunfähigkeit	§ 34 Abs. 1 Nr. 3 LBG § 45 Abs. 1 LBG
2.21.33			Polizeidienstunfähigkeit	§ 194 Abs. 1 LBG

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
2.21.41		Zurruhesetzung	Dienstunfähigkeit	§ 45 Abs. 1 LBG ²⁾ § 46 Abs. 1 LBG
2.21.42			Notwendigkeit der Beobachtung bei Zweifeln an der Dienstunfähigkeit	§ 45 Abs. 1 LBG
2.21.43			Polizeidienstunfähigkeit	§ 194 Abs. 1 LBG
2.21.5		Wiederberufung in das Beamtenverhältnis	Dienstfähigkeit	§ 48 Abs. 3 LBG
2.21.6		Fernbleiben vom Dienst ¹⁾	Dienstunfähigkeit	§ 79 Abs. 1 LBG Abs. 2 zu § 17 DBG der Verordnung zur Durchführung des Deutschen Beamtengesetzes i. d. F. der Bek. vom 28. Oktober 1950 (BGBl. I S. 733)
2.22		Unfallfürsorge		Verordnung zur Durchführung des § 144 des Landesbeamtengesetzes (Heilverfahren) vom 24. Juni 1958 (GV. NW. S. 285 SGV. NW. 20323) Verwaltungsvorschriften (VV) und Richtlinien (RL) zu dem versorgungsrechtlichen Teil des Landesbeamtengesetzes v. 27. 8. 1962 (SMBl. NW. 20323) § 14 DVO zu § 144 LBG ³⁾
2.22.1		Heilverfahren	Notwendigkeit einer ärztlichen Beobachtung	§ 2 DVO zu § 144 LBG
2.22.21		Heilbehandlung	Notwendigkeit einer Krankenhausbehandlung oder Heilanstaltspflege	§ 146 Abs. 2 LBG § 5 DVO zu § 144 LBG
2.22.22			Notwendigkeit einer Badekur	§ 6 Abs. 1 DVO zu § 144 LBG ³⁾
2.22.3		Erstattung der Pflegekosten	Notwendigkeit einer Pflegekraft	§ 147 Abs. 1 LBG § 11 Abs. 1 DVO zu § 144 LBG ³⁾
2.22.4		Zuschlag zum Unfallruhegehalt	Hilflosigkeit	§ 147 Abs. 2 LBG § 11 Abs. 1 DVO zu § 144 LBG ³⁾ § 12 Abs. 1 DVO zu § 144 LBG ³⁾
2.22.5		Unfallausgleich	Minderung der Erwerbsfähigkeit	§ 148 Abs. 2 LBG RL 9.1 zu § 148 LBG ⁴⁾
2.22.52			Änderung der Verhältnisse, die für die Festsetzung maßgebend waren	§ 148 Abs. 3 LBG RL 9.3 und 9.5 zu § 148 LBG ⁴⁾
2.22.6		Unterhaltsbeitrag	Minderung der Erwerbsfähigkeit	§ 152 Abs. 6 LBG RL 2.1 zu § 152 LBG ⁴⁾
2.22.7		Unfall-Hinterbliebenenversorgung	Zusammenhang des Todes mit dem Unfall	§ 154 Abs. 1 LBG VV 3 zu § 154 LBG
2.22.8		Abfindungsrente	Erwerbsunfähigkeit	§ 163 Abs. 1 Ziff. 2 LBG VV 3 zu § 163 LBG ³⁾
2.22.9		Wiederaufleben des Versorgungsanspruchs nach seinem Verlust gem. § 172 LBG	Erneute Dienstunfähigkeit	§ 172 LBG VV 2 zu § 172 LBG
2.23.1		Kinderzuschlag für dauernd erwerbsunfähige Kinder	Dauernde Erwerbsunfähigkeit	§ 18 Abs. 3 Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen i. d. F. der Bek. vom 8. November 1960 — LBesG 60 — (SGV. NW. 20320) Nr. 7 Abs. 1 zu § 18 LBesG 60 der Besoldungsvorschriften — BV — v. 12. 10. 1962 (SMBl. NW. 20320) ⁴⁾

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
2.23.2		Waisengeld für dauernd erwerbsunfähige Kinder	Dauernde Erwerbsunfähigkeit	§ 173 Abs. 3 LBG RL 3.2 zu § 173 LBG ⁴⁾
2.24.1		Urlaub		Verordnung über den Erholungsurlaub der Beamten und Richter im Lande Nordrhein-Westfalen i. d. F. der Bek. vom 2. Januar 1964 (GV. NW. S. 5/SGV. NW. 20303)
2.24.11		Erkrankung während des Urlaubs ¹⁾	Dienstunfähigkeit	§ 9 Abs. 1 der Verordnung vom 2. Januar 1964 ⁹⁾
2.24.12		Nichtanrechnung einer Heil- oder Badekur auf den Erholungsurlaub	Notwendigkeit der Kur zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Dienstfähigkeit	§ 10 Abs. 1 der Verordnung vom 2. Januar 1964 ⁷⁾
2.24.13		Zusatzurlaub	Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit	§ 13 Abs. 2 der Verordnung vom 2. Januar 1964
2.24.2		Urlaub aus besonderen Anlässen		Verordnung über den Urlaub der Beamten und Richter im Lande Nordrhein-Westfalen aus besonderen Anlässen vom 13. November 1962 (GV. NW. S. 571/SGV. NW. 20303)
2.24.21		Erkrankung während des Urlaubs ¹⁾	Nachweis der Erkrankung	§ 10 der Verordnung vom 13. November 1964 ⁶⁾
2.25		Erkrankung während der Prüfung	Nachweis der Erkrankung	Ausbildungs- und Prüfungsordnungen
2.26		Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen ¹⁾		Beihilfegrundsätze (BGr.) vom 25. 6. 1942 (RBB. S. 157)
2.26.1			Notwendigkeit eines Sanatoriumsaufenthaltes	Nr. 5 BGr. ⁵⁾
2.26.2			einer Badekur	Nr. 7 Abs. 1 Ziff. 2 BGr. ⁵⁾
2.26.3			eines Zahnersatzes	Nr. 8 Abs. 1 BGr. ⁵⁾
2.26.4			einer kieferorthopädischen Behandlung	Nr. 9 Abs. 2 Buchst. b BGr. ⁵⁾
2.26.5			von Hilfsmitteln bei körperlichen Gebrechen	Nr. 11 Ziff. 2 BGr. ⁵⁾
2.26.6			einer Trockenzellenbehandlung	RdErl. d. Finanzministers v. 13. 3. 1957 (SMBL. NW. 203204) ⁸⁾
2.27		Übernahme von Versorgungslasten durch eine Versorgungskasse (Verpflichtungen aus dem Rechtsverhältnis zwischen Mitglied und Kasse)		Satzung der Rheinischen Versorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände vom 18. Juni 1958 (SGV. NW. 2022)
				Satzung der Westfälisch-Lippischen Versorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände vom 16. Dezember 1958 (SGV. NW. 2022)
2.27.1			Gesundheitszustand; Dienstfähigkeit und Feststellung, ob vorzeitige Dienstunfähigkeit zu erwarten ist	§ 15 Abs. 5 der Satzung vom 18. Juni 1958 § 15 Abs. 5 der Satzung vom 16. Dezember 1958
2.27.2			Dienstunfähigkeit	§ 20 Abs. 1 der Satzung vom 18. Juni 1958 ¹⁰⁾ § 20 Abs. 1 der Satzung vom 16. Dezember 1958 ¹⁰⁾

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
				¹⁾ Gilt auch für Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge, die sich in der Ausbildung für einen Beamtenberuf befinden ²⁾ Arzt, ggf. Zahnarzt ³⁾ Amtsarzt, beamteter Arzt oder von der Dienstbehörde allgemein oder im Einzelfall bezeichneter Arzt ⁴⁾ Amtsarzt, beamteter Arzt oder Vertrauensarzt — ggf. Facharzt ⁵⁾ Amtsarzt, beamteter Arzt oder Vertrauensarzt ⁶⁾ Arzt, auf Verlangen Amts- oder Vertrauensarzt ⁷⁾ Amts-, Versorgungs- oder Vertrauensarzt ⁸⁾ Arzt, den die Festsetzungsstelle allgemein oder im Einzelfall bezeichnen kann ⁹⁾ Amts- oder Vertrauensarzt ¹⁰⁾ Amtsarzt, ggf. weiterer Amtsarzt oder Facharzt
2.3	Bezirksschornsteinfegermeister (s. unter Nr. 20.22)			
2.4	Binnenschiffer (s. unter Nr. 20.12)			
4	Desinfektoren	Zulassung zur Prüfung	Körperliche und geistige Eignung	§ 21 Abs. 2 der Dritten Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 30. März 1935 (RMBI. S. 327)
5.1	Einbürgerungsbewerber und Familienangehörige von Einbürgerungsbewerbern	Einbürgerung	Gesundheitszustand	Nr. 5 der Ausführungsanweisung zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStaG) — RdErl. d. Innenministers v. 1. 8. 1959 (SMBI. NW. 102)
5.2	Erwerbsbeschränkte			
5.21		Gewährung von Pauschbeträgen für Körperbehinderte nach dem Einkommensteuergesetz	Ausmaß der Minderung der Erwerbsfähigkeit	§ 1 der Verordnung über die Zuständigkeit für die Erteilung ärztlicher Bescheinigungen an Körperbehinderte nach dem Einkommensteuergesetz vom 3. Juli 1962 (GV. NW. S. 148 · SGV. NW. 2120)
5.22		Ausweiserteilung für Schwererwerbsbeschränkte	Bestehen einer Minderung der Erwerbsfähigkeit	Abschnitt I b Nr. 2 des RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 2. 10. 1957 (SMBI. NW. 21701) RdErl. d. Innenministers v. 24. 6. 1958 (SMBI. NW. 8111)
6.1	Fahrlehrer (s. unter Nr. 11.24)			

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
6.2	Feuerbestattung	Genehmigung der Feuerbestattung	Todesursache	§ 3 Abs. 2 Nr. 2 Gesetz über die Feuerbestattung vom 15. Mai 1934 (RGBl. I S. 380) § 3 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung des Feuerbestattungsgesetzes vom 10. August 1938 (RGBl. I S. 1000) § 77 der Dritten Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 30. März 1935 (RMBl. S. 327)
6.3	Fleischbeschauer und Trichinenschauer			Ausführungsbestimmungen B über die Ausbildung, die Prüfung und die Fortbildung in der Fleischschau und Trichinenschau — AB. B — Beilage 2 der Verordnung über die Durchführung des Fleischbeschaugesetzes vom 1. November 1940 (RMBl. S. 289)
6.31		Zulassung zur Ausbildung als Fleischbeschauer	Körperliche Tauglichkeit, Vollbesitz der Sinne	§ 3 Abs. 4 Buchst. d der AB. B
6.32		Zulassung zur Ausbildung als Trichinenschauer	Körperliche Tauglichkeit, Vollbesitz der Sinne	§ 13 in Verbindung mit § 3 Abs. 4 Buchst. d der AB. B
7.1	Gemeinschaftseinrichtungen (s. unter Nr. 20.3)			
7.2	G 131 (Personen, die unter Art. 131 GG fallen)			Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen (G 131) i. d. F. der Bek. vom 21. August 1961 (BGBl. I S. 1578) Verwaltungsvorschriften (VV) zur Durchführung der versorgungsrechtlichen Vorschriften des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 9. 5. 1952 (GMBl. S. 81)
7.21		Unterhaltsbeitrag bei Familienzusammenführung	Körperliche oder geistige Gebrechlichkeit	§ 4 b Abs. 2 Buchst. a G 131 RdErl. d. Finanzministers v. 1. 10. 1959 (SMBl. NW. 20363)
7.22.1		Entlassung	Dienstunfähigkeit	§ 5 Abs. 1 Nr. 2 G 131 § 35 Abs. 2 G 131 § 42 Abs. 1 Bundesbeamtengesetz (BBG) i. d. F. der Bek. vom 1. Oktober 1961 (BGBl. I S. 1801)¹⁾
7.22.2			Notwendigkeit der Beobachtung bei Zweifeln an der Dienstunfähigkeit	§ 5 Abs. 1 Nr. 2 G 131 § 35 Abs. 2 G 131 § 42 Abs. 1 BBG
7.23.1		Eintritt in den Ruhestand	Dienstunfähigkeit	§ 5 Abs. 1 Nr. 1 G 131 § 6 Abs. 2 G 131 § 35 Abs. 1 G 131 § 42 Abs. 1 BGB¹⁾
7.23.2			Dienstunfähigkeit, falls ein zweifelsfreier Nachweis nicht bereits erbracht ist	§ 5 Abs. 1 Nr. 1 G 131 § 6 Abs. 2 G 131 § 35 Abs. 1 G 131 § 69 G 131²⁾

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
7.24.1		Nichtanrechnung von Arbeitseinkünften	Dienstunfähigkeit	§ 35 Abs. 4 G 131 § 42 Abs. 1 BBG ¹⁾
7.24.2			Notwendigkeit der Beobachtung bei Zweifeln an der Dienstunfähigkeit	§ 35 Abs. 4 G 131 § 42 Abs. 1 BBG
7.25		Unfallfürsorge	Wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Bundes (s. Nr. 2.12)	§ 29 G 131 Im übrigen wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Bundes (s. Nr. 2.12)
7.26		Kapitalabfindung	Überprüfung des Gesundheitszustandes	§§ 43 bis 45 G 131 Abschnitt IV Nr. 2 Buchst. e der Richtlinien für die Durchführung der §§ 43 bis 45 des Gesetzes zu Artikel 131 GG (Kapitalabfindung) vom 7. 8. 1952 (GMBL S. 210) i. d. F. des RdSchr. vom 21. 4. 1958 (GMBL S. 188)
7.27.1		Erlöschen des Anspruchs auf Übergangsbezüge für Angestellte und Arbeiter	Dienstunfähigkeit	§ 52 a Abs. 3 G 131 VV Nr. 6 Abs. 2 zu § 29 G 131 ¹⁾
7.27.2		Wiederaufleben des Anspruchs auf Übergangsbezüge für Angestellte und Arbeiter	Wiedererlangung der Dienstfähigkeit	§ 52 a Abs. 3 G 131 VV Nr. 6 Abs. 2 zu § 29 G 131 ¹⁾
7.28		Kinderzuschlag und Waisengeld für dauernd erwerbsunfähige Kinder	Wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Bundes (s. Ziff. 2.13.1 und 2.13.2)	§ 29 Abs. 1 G 131 Im übrigen wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Bundes (s. Ziff. 2.13.1 und 2.13.2)
7.29		Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen	Wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Bundes (s. Ziff. 2.16)	§ 56 Abs. 1 G 131 RdErl. d. Finanzministers v. 20. 2. 1964 (SMBL. NW. 203637)
8.1	Hebammen	Zulassung zur Berufsausbildung	Geistige und körperliche Tauglichkeit	§ 2 Abs. 4 Nr. 3 der Sechsten Verordnung zur Durchführung des Hebammengesetzes (Aus- und Fortbildung der Hebammen) vom 16. September 1941 (RGBl. I S. 561)
11.1	Körperbehinderte (s. unter Nr. 5.2)			
11.2	Kraftfahrzeugführer			Straßenverkehrszulassungsordnung — StVZO — in der Fassung der Verordnung zur Änderung von Vorschriften des Straßenverkehrsrechts vom 6. Dezember 1960 (BGBl. I S. 897) RdErl. d. Ministers für Wirtschaft und Verkehr v. 31. 1. 1956 (SMBL. NW. 9210) RdErl. d. Ministers für Wirtschaft und Verkehr v. 26. 1. 1959 (SMBL. NW. 9210)
11.21		Teilnahme am Verkehr; Einschränkung und Entziehung der Zulassung	Geistige oder körperliche Eignung	§ 3 Abs. 2 StVZO i. d. F. vom 6. Dezember 1960 ¹⁾
11.22		Führen von Kraftfahrzeugen; bedingte Erteilung der Fahrerlaubnis	Geistige oder körperliche Eignung	§ 12 Abs. 1 StVZO ¹⁾

¹⁾ Arzt²⁾ Amtsarzt oder Versorgungsarzt

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
11.23	Fahrlehrer	Beförderung von Fahrgästen		
11.23.1		Erteilung der Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung	Geistige und körperliche Eignung	§ 15 e Abs. 1 Ziff. 3 StVZO ²⁾
11.23.2		Verlängerung der Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung	Geistige und körperliche Eignung	§ 15 f Abs. 2 StVZO ²⁾
11.23.3		Überwachung der Inhaber von Fahrerlaubnissen zur Fahrgastbeförderung	Geistige oder körperliche Eignung	§ 15 i StVZO ³⁾
11.24				Fahrlehrerverordnung vom 23. Juli 1957 (BGBl. I S. 769) i. d. F. der Verordnung vom 7. Juli 1960 (BGBl. I S. 485)
11.24.1		Bewerbung um die Fahrlehrerlaubnis	Geistige und körperliche Eignung	§ 3 Abs. 1 Nr. 1 und § 14 Nr. 2 der Fahrlehrerverordnung ⁴⁾
11.24.2		Entzug der Fahrlehrerlaubnis oder der Fahr-schülerlaubnis	Geistige oder körperliche Eignung	§ 11 Abs. 1 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Nr. 1 und § 14 Nr. 2 der Fahrlehrerverordnung ⁴⁾
				¹⁾ Amts- oder Facharzt oder amtlich anerkannte medizinisch-psychologische Untersuchungsstelle oder amtlich anerkannter Sachverständiger oder Prüfer für den Kraftfahrzeugverkehr ²⁾ Amtsarzt oder hauptamtlich angestellter Betriebsarzt oder Facharzt oder amtlich anerkannte medizinisch-psychologische Untersuchungsstelle ³⁾ Amts- oder Facharzt oder amtlich anerkannte medizinisch-psychologische Untersuchungsstelle ⁴⁾ Amtsarzt oder Facharzt oder eignungstechnische Untersuchungsstelle
11.3	Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene	Gewährung von Erholungsfürsorge	Notwendigkeit zur Erhaltung der Gesundheits- oder Arbeitsfähigkeit; Bedingtheit der Erholungsbedürftigkeit durch die anerkannte Schädigung oder den Verlust des Ernährers	§ 27a Abs. 2 Bundesversorgungsgesetz i. d. F. des Ersten Neuordnungsgesetzes vom 27. Juni 1960 (BGBl. I S. 453)
12.1	Lebensmittelgewerbe — im — tätige Personen			Bundes-Seuchengesetz vom 18. Juli 1961 (BGBl. I S. 1012) i. d. F. des Gesetzes vom 23. Januar 1963 (BGBl. I S. 57) Hygiene-Verordnung vom 16. November 1962 (GV. NW. S. 573/SGV. NW. 7833) RdErl. d. Innenministers v. 4. 2. 1963 (SMBl. NW. 21260)
12.11		Verhütung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten durch Personen, die in Lebensmittelbetrieben tätig sind	Freisein von übertragbaren Krankheiten; Hinderungsgründe für die in § 17 Bundes-Seuchengesetz genannten Tätigkeiten	§§ 17, 18 und 74 Bundes-Seuchengesetz § 22 Abs. 2 der Hygiene-Verordnung Nr. 3.3 des RdErl. v. 4. 2. 1963

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
12.12		Wiederholungsuntersuchung	— wie vor —	§ 18 Abs. 2 Bundes-Seuchengesetz Nr. 3.37 des RdErl. v. 4. 2. 1963
12.13		Verhütung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten durch Personen, die bei der Überwachung des Lebensmittelverkehrs tätig sind	Freisein von übertragbaren Krankheiten	§ 22 Abs. 3 der Hygiene-Verordnung
12.14		Verhütung der Verbreitung von Krankheitserregern durch Personen, die bei der Gewinnung der Milch oder sonst im Verkehr mit Milch tätig sind	Freisein von übertragbaren Krankheiten; Hinderungsgründe für eine Tätigkeit in milchwirtschaftlichen Betrieben	§ 13 Abs. 4 Milchgesetz vom 31. Juli 1930 (RGBl. I S. 421) § 15 Abs. 2 der Preußischen Verordnung zur Durchführung des Milchgesetzes vom 16. Dezember 1931 (PrGS. NW. S. 239 / SGV. NW. 7842)
12.15		Verhütung der Verbreitung von Krankheitserregern durch Personen, die in Exportbetrieben für Fleischwaren tätig sind	Freisein von übertragbaren Krankheiten; Hinderungsgründe für eine Tätigkeit in Exportbetrieben für Fleischwaren	Erlasse des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 5. 10. 1951 (BAnz. Nr. 195 vom 9. 10. 1951), vom 6. 2. 1952 (BAnz. Nr. 28 vom 9. 2. 1952), vom 25. 4. 1957 (BAnz. Nr. 92 vom 15. 5. 1957) RdErl. d. Innenministers v. 10. 11. 1962 (SMBl. NW. 21250)
12.16		Verhütung der Verbreitung von Krankheitserregern durch Personen, die bei der Herstellung, der Aufbewahrung und dem Vertrieb von Speiseeis tätig sind	Freisein von übertragbaren Krankheiten; Hinderungsgründe für eine Tätigkeit in Betrieben zur Herstellung, Aufbewahrung und zum Vertrieb von Speiseeis	RdErl. d. Innenministers v. 7. 8. 1959 (SMBl. NW. 21251)
12.2	Lehrer (s. unter Nr. 20.3)			
12.3	Lotsen (s. unter Nr. 20.13)			
18.1	Reisegewerbetreibende			Gewerbeordnung i. d. F. des Vierten Bundesgesetzes vom 5. Februar 1960 (BGBl. I S. 61) und des Gesetzes vom 15. Februar 1963 (BGBl. I S. 125) RdErl. d. Innenministers v. 7. 8. 1959 (SMBl. NW. 71012)
		Versagung der Reise-gewerbekarte	Vorliegen von abschreckenden oder ansteckenden Krankheiten oder abschreckenden Entstellungen	§ 57 a Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Gewerbeordnung Abschnitt I Nr. 2 des RdErl. v. 7. 8. 1959
		Entziehung der Reise-gewerbekarte	— wie vor —	§ 57 a Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 und § 58 Gewerbeordnung Abschnitt I Nr. 2 des RdErl. v. 7. 8. 1959
18.2	Rheinschiffer (s. unter Nr. 20.11)			
18.3	Richter (s. unter Nrn. 2.1 und 2.2)			
19.1	Sehschwache	Gewährung von Landeshilfe	Hochgradige Seh-schwachheit	Landeshilfe für hochgradig Seh-schwache — RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 21. 5. 1962 (SMBl. NW. 21701)

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
19.2	Sozialarbeiter			Ausbildung, Prüfung und staatliche Anerkennung von Sozialarbeitern (Wohlfahrtspflegerinnen und Wohlfahrtspflegern) RdErl. des Arbeits- und Sozialministers v. 23. 3. 1959 (SMBL. NW. 22306)
19.21		Aufnahme in eine höhere Fachschule für Sozialarbeit	Körperliche Eignung	§ 5 Abs. 2 Buchst. d des RdErl. v. 23. 3. 1959
19.22		Antrag auf staatliche Anerkennung	Körperliche Eignung	§ 24 Abs. 1 Buchst. b des RdErl. vom 23. 3. 1959
20.1	Schiffsführer			
20.11	Rheinschiffer			Verordnung zur Einführung der Verordnung über die Erteilung von Rheinschifferpatenten (EinführungsVO RheinSchPatentVO) vom 15. Juni 1956 (BGBl. II S. 714), zuletzt geändert durch Verordnung vom 7. September 1961 (BGBl. II S. 1599)
				Verordnung über die Erteilung von Rheinschifferpatenten (RheinSchPatentVO) vom 15. Juni 1956 (BGBl. II S. 716), zuletzt geändert durch Verordnung vom 7. September 1961 (BGBl. II S. 1599)
20.11.1		Erwerb des Rheinschifferpatents	Körperliche Eignung	Artikel 3 EinführungsVO RheinSchPatentVO § 4 Buchstabe b RheinSchPatentVO
20.11.2		Erwerb des kleinen Patents	Körperliche Eignung	Artikel 3 der EinführungsVO RheinSchPatentVO § 6 Buchstabe b der RheinSchPatentVO
20.11.3		Erwerb des Sportschifferpatents	Körperliche Eignung	Artikel 3 der EinführungsVO RheinSchPatentVO § 6 a Buchstabe b der RheinSchPatentVO
20.12	Binnenschiffer			Verordnung über Befähigungszeugnisse in der Binnenschifffahrt (BSchPatentVO) vom 15. Juni 1956 (BGBl. II S. 722)
20.12.1		Eignung zum Schiffsführer	Körperliche Eignung	§ 5 Abs. 1 der BSchPatentVO ¹⁾
20.12.2		Entziehung des Befähigungszeugnisses	Körperliche Eignung	§ 7 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 3 Satz 1 der BSchPatentVO ¹⁾
20.12.3		Eignung zum Schiffsführer nach Vollendung des 65. Lebensjahres	Körperliche Eignung	§ 7 Abs. 3 Satz 2 der BSchPatentVO ¹⁾
20.13	Lotsen	Eintragung in die Liste der Lotsengehilfen	Körperliche Eignung	Artikel 4 der Verordnung zur Einführung der Lotsenordnung für den Oberrhein vom 15. Juni 1956 (BGBl. II S. 703) § 4 Abs. 1 Buchst. d) der Lotsenordnung für den Rhein zwischen Basel und Mannheim/Ludwigshafen vom 15. Juni 1956 (BGBl. II S. 705)
				¹⁾ Amtsarzt oder Vertrauensarzt

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
20.2	Schornsteinfeger			Verordnung über das Schornsteinfegerwesen vom 28. Juli 1937 (RGBl. I S. 831) Ausführungsanweisung zur Verordnung über das Schornsteinfegerwesen vom 28. Juli 1937 (RGBl. I S. 841)
20.21.1	Schornsteinfegermeister	Eintragung in die Bewerberliste B	Körperliche Eignung	Nr. 17 Ziff. 8 der Ausführungsanweisung
20.21.2		Bestellung als Bezirksschornsteinfegermeister	Körperliche Eignung	§ 22 Abs. 1 Nr. 2 der Verordnung
20.22	Bezirksschornsteinfegermeister	Widerruf der Bestellung	Geistige oder körperliche Gebrechen	§ 47 Ziff. 6 der Verordnung Nr. 63 Abs. 1 der Ausführungsanweisung
20.3	Schulen und Gemeinschaftseinrichtungen — in — tätige Personen			Bundes-Seuchengesetz vom 18. Juli 1961 (BGBl. I S. 1012) i. d. F. des Gesetzes vom 23. Januar 1963 (BGBl. I S. 57) RdErl. d. Innenministers vom 4. 2. 1963 (SMBI. NW. 21260)
20.31		Verhütung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten durch Lehrer, Schulbedienstete und zur Vorbereitung auf den Beruf des Lehrers tätige Personen	Freisein von einer ansteckungsfähigen Tuberkulose der Atmungsorgane	§ 47 Abs. 1 Bundes-Seuchengesetz Nr. 5.5 des RdErl. v. 4. 2. 1963 RdErl. d. Innenministers vom 12. 5. 1964 (SMBI. NW. 2120)
20.32		Wiederholungsuntersuchung	— wie vor —	§ 47 Abs. 2 Bundes-Seuchengesetz ¹⁾ Nr. 5.5 des RdErl. v. 4. 2. 1963
20.33		Verhütung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten durch Aufsichts-, Lehr-, Erziehungs-, Pflege- und Hauspersonal in Schülerheimen, Schulandheimen, Säuglingsheimen, Kinderheimen, Kindergärten, Kindertagesstätten, Lehrlingsheimen, Jugendwohnheimen, Ferienlagern und ähnlichen Einrichtungen	Freisein von einer ansteckungsfähigen Tuberkulose der Atmungsorgane	§ 48 Abs. 1 in Verbindung mit § 47 Abs. 1 Bundes-Seuchengesetz Nr. 5.8 des RdErl. v. 4. 2. 1963 Nr. 2.8 Abs. 1 Buchst. a des RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 27. 2. 1963 (SMBI. NW. 2160)
20.34		Wiederholungsuntersuchung	— wie vor —	§ 48 Abs. 1 in Verbindung mit § 47 Abs. 2 Bundes-Seuchengesetz ¹⁾ Nr. 5.8 des RdErl. v. 4. 2. 1963
20.35		Verhütung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten durch in Schullandheimen tätige Personen	Freisein von ansteckenden oder ekelerregenden Krankheiten, Dauerausscheider, Keimträger von krankheitserregenden Bakterien	Gem. RdErl. d. Innenministers und d. Kultusministers v. 28. 2. 1957 (SMBI. NW. 21260) ¹⁾ Arzt
20.4	Schwerbeschädigte	Ausweiserteilung	Notwendigkeit ständiger Begleitung	Abschnitt II Buchst. c Abs. 2 des RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 2. 10. 1957 (SMBI. NW. 21701)
20.5	Schwererwerbsbeschränkte (s. unter Nr. 5.22)			
21	Sportschiffer (s. unter Nr. 20.11.3)			

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
22	Steuerberater und Steuerbevollmächtigte	Erkrankung während der Prüfung	Nachweis der Erkrankung	§§ 18 Abs. 1 und 23 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung des Steuerberatungsgesetzes (DVStBerG) vom 1. August 1962 (BGBl. I S. 537)
23	Trichinenschauer (s. unter Nr. 6.32)			
25.11	Vermessungstechniker und Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure	Einstellung als Vermessungstechnikerlehrling	Körperliche Tauglichkeit; Seh-, Farbenunterscheidungs- und Hörvermögen	Nr. 1 Abs. 4 a des RdErl. d. Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten v. 15. 8. 1962 (SMBI. NW. 203011) Verordnung über die Annahme, Ausbildung und Prüfung der Vermessungstechnikerlehrlinge vom 27. Juli 1956 (GS. NW. S. 676) i. d. F. der Verordnung vom 4. Juli 1962 (GV. NW. S. 431) — SGV. NW. 7134 —
25.12		Zulassung zum Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur	Körperliche Tauglichkeit; Seh-, Farbenunterscheidungs- und Hörvermögen	Abschnitt III Abs. 1 e des RdErl. d. Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten v. 10. 4. 1963 (SMBI. NW. 71340)
25.2	Versorgungsempfänger (s. unter Nr. 2.1 und 2.2)			
25.3	Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge (s. Fußnoten 1 zu den Nrn. 2.1 und 2.2)			

Einzelpreis dieser Nummer 2,10 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

In der Regel sind nur noch die Nummern des laufenden und des vorhergehenden Jahrgangs lieferbar.

Wenn nicht innerhalb von acht Tagen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.

Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Mannesmannufer 1 a. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich: Ausgabe A 13,45 DM, Ausgabe B 14,65 DM.
